

Fraktion **direkt**

76 | 22. März 2013

Zur Lage

Steuerpolitik muss mit Augenmaß betrieben werden Einnahmen des Staates sind auf Rekordniveau



Foto: Gätz-Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Steuereinnahmen sind erfreulich. In Relation zur Wirtschaftskraft haben sie nach Aussagen des Bundesfinanzministeriums im vergangenen Jahr sogar Rekordniveau erreicht. Dabei profitiert unser Gemeinwesen vor allem von der hohen Beschäftigung infolge der robusten Wirtschaftslage in Deutschland.

Niemand kann anhand dieser Zahlen behaupten, dass der Staat nicht über genügend Einnahmen verfüge. Die politische Aufgabe ist es zu gewährleisten, dass dies auch in den nächsten Jahren so bleibt. Gefordert ist daher eine Steuerpolitik mit Augenmaß. Genau dies lassen aber die Pläne von SPD und Grünen vermissen. Die Oppositionsparteien wollen die Einkommen- und Erbschaftsteuer erhöhen und die Vermögensabgabe wieder einführen. Paradoxerweise könnte dies dazu führen, dass der Staat am Ende weniger Einnahmen hat als vor den Steuererhöhungen. Denn bei der Vermögensteuer greift der Staat auf die Substanz von Vermögenswerten zu – auch in Unternehmen. Die SPD behauptet zwar, dass sie die Firmen schonen wolle, sagt aber nicht wie. Das ist schon aufschlussreich und lässt

erahnen, dass die Unternehmen dennoch zu Lasten der Beschäftigung zur Kasse gebeten würden. Auf alle Fälle würde die Vermögensteuer einen riesigen bürokratischen Aufwand mit sich bringen. Jeder Bundesbürger, jede Firma müsste jedes Jahr dem Finanzamt Auskunft über sein Vermögen geben.

Die Erhöhung der Einkommensteuer träfe mittlere Arbeitnehmerinkommen und wiederum die Unternehmen. „Steigt die Belastung, werden Investitionen unattraktiver, sind Arbeitsplätze gefährdet“, hieß es in dieser Woche in einem Nachrichtenmagazin. Richtig, kann man da nur sagen.

Zypern ist Opfer seiner zu niedrigen Steuersätze

Natürlich sind auch zu niedrige Steuersätze kontraproduktiv. Auf Zypern haben sie dazu geführt, dass sich ein völlig überdimensionierter Bankensektor ausgebildet hat. Auf der Insel wiederholte sich das, was bereits in Irland geschehen ist. Auch Irland wurde aufgrund einer Überschuldung seiner Kreditinstitute in die Krise getrieben. In beiden Ländern entwickelte sich ein Bankenboom, der der Gesellschaft nur kurzfristig wirklich Rendite brachte. Die Zeche muss nun vor allem die Bevölkerung in beiden Ländern zahlen.

Doch anders als Irland scheint Zypern derzeit zu tiefgreifenden Reformen nicht bereit zu sein. Wir müssen die weitere Entwicklung nun abwarten. Zum Glück ist der Euro wesentlich stabiler als vor zwei, drei Jahren. Das ist auch ein Erfolg der Politik der Bundesregierung unter Angela Merkel.

Volker Kauder

Steuerpolitik muss mit Augenmaß betrieben werden	1
Solidarität gegen Eigenleistung	2
Höhe der Managergehälter künftig Sache der Aktionäre	3
„Plan B“ stößt auf Skepsis	4
Keinen Schlusstrich unter die Aufarbeitung der DDR-Diktatur	5
Deutschland – Land der Entdecker	6
Hilfe für Schwangere in Not	6
Regierung muss Bundestag frühzeitig unterrichten	7
Segenswünsche für den neuen Papst	7
Für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung	8
Serbien und Kosovo zur Einigung aufgefordert	8
Rohstoffsicherheit – Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum	9
Letzte Seite	10

Solidarität gegen Eigenleistung

Prinzip des Rettungsschirmes gilt auch für Zypern



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zypern steht seit längerem vor der Zahlungsunfähigkeit. Grund hierfür ist der Bankensektor des Landes. Die zwei größten zyprischen Banken haben mit massiven Problemen zu kämpfen. Derzeit versorgt die Europäischen Zentralbank (EZB) sie mit sogenannten Liquiditätshilfen, also Nothilfen für von der Insolvenz bedrohte Finanzinstitute. Eine Insolvenz der zwei größten Banken wäre eine Bedrohung für ganz Zypern. Denn der Bankensektor macht dort 800 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Zum Vergleich: Im EU-Durchschnitt sind es nur 350 Prozent des BIP. Das von Zypern beim Rettungsschirm beantragte Rettungspaket hat entsprechende Ausmaße. Die beantragten 17,5 Milliarden Nothilfen entsprechen fast 100 Prozent des zyprischen BIP.

Aus eigener Kraft kann Zypern diese Summe nicht aufbringen. Das Land ist auf Hilfe Dritter angewiesen, wenn es seine Zahlungsunfähigkeit abwenden will. Für solche Notfälle haben wir in unserem gemeinsamen Währungsraum die Rettungsschirme geschaffen. Die Euro-Zone steht somit auch Zypern zur Seite. Sie hatte bereits vergangene Woche gemeinsam mit dem Internationalen Währungs-

fonds (IWF) und der EZB einen Weg vorgeschlagen, diesen immensen Refinanzierungsbedarf zu decken.

Mit Blick auf die Schuldenragfähigkeit war von Anfang an klar, dass Zypern auch einen eigenen Beitrag leisten muss. Das zehn Milliarden schwere Hilfspaket muss ergänzt werden durch einen Eigenanteil Zyperns von 5,8 Milliarden Euro. Zypern selbst hatte in der Euro-Gruppe vorgeschlagen, diesen Anteil durch eine Zwangsabgabe auf alle Einlagen – auch die unter 100.000 Euro – bei zypri-

rischen Banken aufzubringen, wohl auch um sein Geschäftsmodell zu schützen. Fälschlicherweise rechnete die Öffentlichkeit dies dem deutschen Finanzminister zu und reagierte mit unangemessener Kritik.

Zypern hat in der Vergangenheit mit dem Aufbau seines Geschäftsmodells – einem wenig kontrollierten, überdimensionierten Bankensektor – Fehler gemacht. Nun sind es vor allem die Bürger, die unter den Fehlern der Vergangenheit leiden. Das werden wir auch bei der Ausgestaltung eines neuen Hilfspakets nicht vergessen. Dennoch muss gelten: Solidarität nur bei Reformen und Eigenleistung. Das risikoreiche Geschäftsmodell muss korrigiert und die rechtlich bindenden Voraussetzungen für Hilfen aus dem Rettungsschirm eingehalten werden.

Seit Beginn der Krise im Euro-Raum leisten alle Mitglieder intensive Reformarbeit und zeigen ein hohes Maß an gegenseitiger Solidarität. Dieser Gegenseitigkeit müssen wir uns auf allen Seiten wieder stärker bewusst machen. Dann gelingt es uns auch, die vor uns liegenden großen politischen Aufgaben in Europa zu bewältigen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Höhe der Managergehälter künftig Sache der Aktionäre

Koalitionsausschuss einigt sich auf Änderung des Aktienrechts – Unterstützung für Aussteiger aus der Neonazi-Szene

Über die Höhe der Manager-Gehälter sollen künftig die Eigentümer von Aktiengesellschaften entscheiden. Der Koalitionsausschuss einigte sich am Donnerstagabend im Grundsatz darauf, das Aktienrecht entsprechend zu ändern, um die Rechte der Eigentümer zu stärken. Die Spitzen von CDU/CSU und FDP beschlossen auch, weiterhin Mittel zur Unterstützung von Aussteigern aus der Neonazi-Szene bereitzustellen.

Vorstandsmitglied individuell bestimmt oder für alle Vorstandsmitglieder gleich festgelegt werden. Die Gesamtbezüge sollen in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstands stehen. Die übliche Vergütung sollen sie nicht ohne Grund übersteigen. Es wird Wert darauf gelegt, dass die Höhe der Gesamtbezüge – neben dem Gehalt und der Gewinnbeteiligung zäh-

scheitert war. Das neue Gesetz umfasst Punkte, deren Umsetzung insbesondere mit Blick auf EU-Recht zwingend erforderlich ist. So sollen die Aufbewahrungsfristen für kaufmännische Unterlagen verkürzt werden. Erstmals soll auch das Taschengeld beim Bundesfreiwilligendienst steuerfrei gestellt werden. Die Steuerbefreiungsvorschriften für freiwillig Wehrdienstleistende und Reservisten werden entsprechend angepasst. Auch der Missbrauch der Erbschaftsteuer mit Hilfe sogenannter Cash GmbHs soll eingedämmt werden. In diese GmbHs wird Privatvermögen eingezahlt, um es als Firmenvermögen zu deklarieren und so von der Erbschaftsteuer zu befreien.

EXIT wird weiter finanziert

Die Koalitionäre betonten die Notwendigkeit zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. „Für die Koalition ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe von besonders hoher Bedeutung“, heißt es in dem Beschluss des Koalitionsausschusses. Wichtig seien dabei Perspektiven für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. „Deshalb werden wir die erforderlichen Finanzmittel für die erfolgreiche Arbeit der Aussteigerinitiative EXIT auch nach Auslaufen der Förderung durch den Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stellen.“

EXIT ist ein Projekt, das Menschen hilft, die mit dem Rechtsextremismus brechen und sich ein neues Leben aufbauen wollen. Das Projekt wird bisher aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundes finanziert. Da die bisherige Förderung ausläuft, hätte die Initiative ihre Arbeit zum 1. Mai einstellen müssen. An Mitteln benötigt EXIT ungefähr 160.000 Euro pro Jahr. Seit seiner Gründung vor 13 Jahren hat das Programm eigenen Angaben zufolge mehr als 480 Neonazis beim Ausstieg aus der Szene geholfen.



Foto: Markus Hammes

Der Koalitionsausschuss tagte im Bundeskanzleramt

Gut eine Stunde berieten die Partei- und Fraktionschefs am Donnerstagabend. In ihrem Grundsatzbeschluss zu den Manager-Gehältern hieß es, den Hauptversammlungen börsennotierter Aktiengesellschaften solle „die obligatorische Aufgabe übertragen werden, über das System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder eine für den Aufsichtsrat verbindliche Entscheidung zu treffen“. Die Koalitionsfraktionen sollten in Abstimmung mit der Bundesjustizministerin eine entsprechende Änderung des Aktiengesetzes in die laufende Aktienrechtsnovelle einbringen.

Künftig sollen Aktionäre den Eckpunkten für die Neuregelung zufolge Höchstbeträge für die Vergütung von Vorstandsmitgliedern festlegen. Diese Höchstgrenzen können für jedes

len dazu unter anderem Aufwandsentschädigungen und Provisionen, Abfindungen und Versorgungszusagen – im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung ist.

Nach dem Beschluss des Koalitionsausschusses ist es denkbar, dass die erste Lesung im Bundestag bereits im April stattfindet. Zum Abschluss gebracht werden soll die Novelle vor der Sommerpause Ende Juni.

Neuer Vorstoß für steuerliche Maßnahmen

Die Spitzen von CDU/CSU und FDP einigten sich auch auf einen neuen Vorstoß für neun Maßnahmen aus dem Jahressteuergesetz 2013, das im Vermittlungsausschuss an den Ländern ge-

„Plan B“ stößt auf Skepsis

Zypern legt neuen Rettungsvorschlag vor – Kauder warnt vor Griff in die Rentenkasse

CDU und CSU sehen den neuen Rettungsplan Zyperns mit großer Skepsis. Den als Plan B bezeichneten Vorschlag der Regierung in Nikosia, über die Rentenkasse an frisches Geld zu kommen, nannte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder nicht zielführend. Gleichzeitig bekräftigte die Union ihren Willen zur Unterstützung der Inselrepublik, wenn diese auch einen Eigenbeitrag leiste. Für Zypern gelten dieselben Prinzipien wie für alle Euro-Krisenländer, die Hilfe beim Euro-Rettungsschirm beantragen, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel: Leistung gegen Gegenleistung.

Die Euro-Gruppe ist bereit, dem notleidenden Zypern mit zehn Milliarden Euro unter die Arme zu greifen, wenn es selbst 5,8 Milliarden Euro Kapital aufbringt. Die Hilfssumme kann nicht höher ausfallen, weil die Schuldenlast des Mittelmeerlandes sonst zu sehr ansteigen würde und es auf absehbare Zeit keinen Zugang mehr zu den Finanzmärkten bekäme. Zunächst hatte Zypern mit Billigung der Euro-Gruppe vorgeschlagen, seinen Eigenbeitrag über eine Zwangsabgabe für Sparer zu finanzieren. Dieser Vorschlag scheiterte im Parlament, nachdem es einen Aufschrei im Land gegeben hatte, weil auch Guthaben ab dem ersten Euro belastet werden sollten.

„Spiel mit dem Feuer“

„Plan B“ sieht nun keine Beteiligung der Anleger mehr vor. Stattdessen soll ein Solidaritätsfonds gegründet werden, der mit dem Kapital von Kirche, Rentenkassen und anderen Einrichtungen gefüllt werden soll. Dafür will die Regierung Staatsanleihen ausgeben. Kauder kommentierte diesen Plan mit den Worten: „Zypern spielt mit dem Feuer.“ Es leuchte nicht ein, dass man Kleinanleger schone, dafür aber die Renten verpfände. Auch in der Euro-Gruppe wurde dieser Vorschlag skeptisch aufgenommen. Der



Foto: Timur Eneke/dapd

stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Meister kritisierte den Plan allein deshalb, weil sich damit die Verschuldung des Landes erhöhen und die Schuldenlast verringern würde. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs bemängelte, dass erneut die kleinen Leute zur Kasse gebeten würden, während die Besitzer großer Vermögen verschont würden.

Wille zur Hilfe bekräftigt

In der Unionsfraktion wurde gleichzeitig betont, dass man Zypern helfen wolle. Keiner gehe leichtfertig an das Problem heran, versicherte Kanzlerin Merkel. Es könne aber nicht sein, dass Zypern die Grenzen auslote, bis zu der die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu geben bereit sei. Die Union forderte neben der finanziellen Eigenleistung von Zypern eine Restrukturierung des überdimensionierten Bankensektors, der die Ursache der Schuldenkrise darstellt. Zwei zyprische Großbanken halten sich nur noch mit Notkrediten der EZB über Wasser. Die EZB hat da-

mit gedroht, kein frisches Geld mehr zur Verfügung zu stellen, falls bis Montag kein Rettungsplan mit der Euro-Zone und dem IWF vereinbart wird.

Die zyprischen Banken, die seit einer Woche geschlossen sind, sollen am Dienstag wieder eröffnet werden. Falls dann tatsächlich kein Geld mehr zur Verfügung gestellt werden sollte, wären die beiden Großbanken insolvent. Um eine Anlegerflucht zu verhindern und Auswirkungen auf die Euro-Zone einzudämmen, ist die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen geplant.

Falls sich Zypern nicht mit der Troika auf eine Lösung einigen kann, so droht dem Mittelmeerland die Staatspleite. Die Finanzmärkte reagierten auf ein solches Szenario bislang moderat. Euro-Krisenländer wie Spanien und Griechenland konnten sich in der vergangenen Woche vergleichsweise günstig refinanzieren. Ein Domino-Effekt steht daher nicht zu fürchten. Michael Meister sagte: „Niemand muss sich Sorgen machen um seine Spareinlagen in Deutschland.“

Keinen Schlusstrich unter die Aufarbeitung der DDR-Diktatur

Arnold Vaatz über die Opferrenten, das Zeitzeugenprogramm und die Wiederherstellung geschredderter Akten



Foto: Laurence Chaperon

Arnold Vaatz
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU und CSU stehen wie keine andere Fraktion für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Ihr Credo lautet: Einen Schlusstrich darf es nicht geben. Der Bundestag debattierte am Freitag über die beispiellose Bestandsaufnahme aller bisherigen Maßnahmen zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur, die die Bundesregierung vorgelegt hat. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Arnold Vaatz.

Herr Vaatz, welche der Maßnahmen zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur verdienen besondere Beachtung?

Die Einführung der Opferrente 2007 – die es ohne die Unionsfraktion nie gegeben hätte – ragt hier heraus. Bei den Opfern der SED-Diktatur hat vor allem eine Entwicklung nach 1990 zu ganz erheblicher Verbitterung geführt: Unser Versuch, die maßlose Selbstbedienung der Träger der SED-Diktatur bei der Altersversorgung zu begrenzen, ist weitgehend gescheitert. Wir sind leider vom Bundesverfassungsgericht gezwungen worden, die hohen Renten der SED-Kader mit Steuergeldern der Bundesrepublik zu finanzieren. Mit der Opferpension

von maximal 250 Euro monatlich können wir das nicht ausgleichen, auch wenn rund 47.000 Opfer davon profitieren. Aber es ist gut, dass wir 2010 noch einmal nachbessern konnten. Wir haben die strengen Voraussetzungen etwas gelockert und Antragsfristen verlängert, haben die Insassen der DDR-Jugendeinrichtungen ausdrücklich einbezogen und für Verbesserungen bei der Einkommensanrechnung gesorgt.

„Der zeitliche Abstand erleichtert die Auseinandersetzung mit den Akten“

Der Bericht zeigt, dass das Interesse an Akteneinsicht bei der Stasi-Unterlagen-Behörde ungebrochen ist. Welchen Schluss kann man daraus ziehen?

Nach allem, was wir aus dem Bericht wissen, sind es zunehmend junge Menschen, die Anträge stellen. Neben dem Interesse an der persönlichen Familiengeschichte gibt es den Wunsch zu erfahren, wie die Diktatur konkret funktioniert hat. Bei vielen scheint gerade der zeitliche Abstand eine Auseinandersetzung mit den Akten möglich zu machen. Dort, wo – wie in Brandenburg – der Versuch unternommen wurde, Verstrickungen mit SED- und Stasi-Funktionären unter der Decke zu halten, steigen jetzt die Antragszahlen.

Im Sommer soll eine sogenannte Schnipselmaschine getestet werden, die zerstörte Akten aus 15.000 Säcken zusammensetzen soll. Welche Erkenntnisse erhoffen Sie sich?

Es gibt begründete Vermutungen, dass die Akten vor allem die Arbeit der Stasi im Westen betreffen. Zum Teil ist bekannt, wie die DDR durch verdeckte Finanzierung von Parteien, Bewegungen und Zeitschriften des linken Spektrums Einfluss in der Bundesrepublik gewonnen hat. Zumindest bei einer zentralen Abstimmung im Bundestag – dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen den damaligen Kanzler Willy Brandt – spielten von der DDR beeinflusste Abgeordnete eine wohl entscheidende Rolle. Welchen Anteil die Stasi genau an dem für die Geschichte der Linken in der Bundesrepublik entscheidenden Tod von Benno Ohnesorg hatte, ist noch immer unaufgeklärt. Das sind nur die Ereignisse, bei denen wir von einer Beteiligung der Stasi wissen. Es wird weitere, noch ungeahnte geben. Und damit auch weitere Personen in der Bundesrepublik, deren Kooperation mit dem SED-Staat unbekannt ist.

Laut einer Studie können 40 Prozent der Schüler nicht zwischen Demokratie und Diktatur unterscheiden. Was läuft falsch im Unterricht?

Wenn Lehrer – aber auch Eltern – selbst den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur relativieren, geben sie das an die nächste Generation weiter. Lehrmaterial und Vorgaben der Kultusministerkonferenz werden dagegen nichts ausrichten können. Da helfen nur persönliche Begegnungen, die den Schülern andere Eindrücke vermitteln, wie etwa ein Besuch im früheren Stasi-Knast in Hohenschönhausen. Deswegen war es auch wichtig, dass wir im letzten Jahr durch finanzielle Unterstützung ein bundesweit koordiniertes Zeitzeugenprogramm ermöglicht haben, das SED-Opfer an die Schulen vermittelt.

Deutschland – Land der Entdecker

Forschungsministerin Wanka zieht Bilanz der Hightech-Strategie

Die neue Bundesforschungsministerin Johanna Wanka hat am Donnerstag im Bundestag eine positive Zwischenbilanz der nationalen Hightech-Strategie gezogen. Deutschland gehöre zu den innovativsten Ländern der Erde, sagte sie. Innovation sei die Basis für Wohlstand und Lebensqualität. Obwohl Deutschland nur 1,2 Prozent der Weltbevölkerung stellt, ist es die viertgrößte Volkswirtschaft.

Mit der 2006 ins Leben gerufenen Hightech-Strategie werden erstmals eine Vielzahl von Forschungs- und Innovationsaktivitäten über alle Ressorts hinweg gebündelt. Diese Strategie konzentriert sich nun auf fünf Felder: Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung sowie Mobilität, Sicherheit und Kommunikation.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung so hoch wie nie

Entdeckerfreude und Innovationsfähigkeit prägten Deutschlands Bild in der Welt, sagte Wanka. Damit dies so

bleibe, gebe der Bund so viel Geld für Forschung und Entwicklung aus wie nie zuvor. 2005 seien es neun Milliarden Euro gewesen; jetzt liege die Summe über 13 Milliarden.

Der Hightech-Strategie zufolge soll der Anteil für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt drei Prozent betragen. Diese Marge sei mit aktuell 2,9 Prozent fast erreicht, verkündete die Ministerin in ihrer ersten Rede im Bundestag nach der Amtsübernahme.

Als Beispiel nannte Wanka das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Auf dem Gebiet der technischen Systeme, die



Bundesforschungsministerin Johanna Wanka im Bundestag

von Rechnern überwacht und gesteuert werden, habe sich Deutschland bereits eine führende Stellung – insbesondere im Automobil- und Maschinenbau – erarbeitet.

Hilfe für Schwangere in Not

Bundestag debattiert Regelung zur vertraulichen Geburt

Schwangere in Not sollen ihr Kind künftig unter ärztlicher Betreuung auf die Welt bringen können, ohne dass ihre Daten offengelegt werden müssen. Das sieht ein Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt vor, den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung debattierte. Danach sollen die Daten der Mutter bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes geheim bleiben.

Laut Gesetzentwurf soll das Kind erst danach das Recht haben, seine Herkunft zu erfahren. Der Herkunftsnachweis wird in einem geschlossenen Umschlag beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben aufbewahrt. In Einzelfällen,

etwa wenn die Mutter besonders gefährdet ist, kann ein Familiengericht auf ihren Wunsch hin auch nach dem 16. Geburtstag des Kindes ihre Daten sperren.

Mehr Rechtssicherheit

Die vertrauliche Geburt wird sowohl dem Bedürfnis der Frauen nach Schutz und Geheimhaltung, als auch dem Bedürfnis der Kinder nach Kenntnis der eigenen Abstammung gerecht. Das Wissen um die eigene Herkunft ist für die Entwicklung der Identität des Kindes wichtig. Der Entwurf sieht auch vor, dass die Hilfen für Frauen, die ihre Schwangerschaft

verheimlichen, weiter ausgebaut und besser bekannt gemacht werden.

Nach fast zehn Jahren parlamentarischen Verhandlungen schafft das Gesetz, wenn es in Kraft ist, mehr Rechtssicherheit bei vertraulichen Geburten. Die aktuelle Situation der Babyklappen, in denen Kinder anonym abgelegt werden können, ist nach Ansicht der Unionsfraktion allerdings noch nicht zufriedenstellend. Über die Zukunft der Babyklappen soll entschieden werden, sobald die Ergebnisse einer vom Familienministerium in Auftrag gegebenen Überprüfung vorliegen.

Regierung muss Bundestag frühzeitig unterrichten

Gesetzesnovelle regelt Zusammenarbeit in EU-Fragen

Die Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesregierung in Angelegenheiten der Europäischen Union wird neu geregelt. Über einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller fünf Fraktionen beriet der Bundestag am Freitag in erster Lesung. Danach soll die Bundesregierung den Bundestag künftig über Brüsseler Vorhaben frühzeitig unterrichten, damit dieser auch Einfluss nehmen kann. Vermieden werden soll, dass das Parlament Beschlüsse der Europäischen Räte bloß noch absegnen darf.

Zugleich setzt das Gesetz der Unterrichtungspflicht auch Grenzen, die sich aus dem Grundsatz der Gewaltenteilung ergeben. Dort, wo die Bun-

desregierung als Exekutive Eigenverantwortung trägt und wo sie Initiativen ergreift, muss sie ihre Pläne nicht offenlegen. Ergänzt wird auch, dass die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen muss, bevor sie der Einführung des Euro in einem EU-Mitgliedstaat zustimmt. Damit erhält das Parlament ein Mitspracherecht über die Ausdehnung des gemeinsamen Währungsraums.

Neue Instrumente integrieren

Das bisherige Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesregierung in EU-Angelegenheiten (EUZBBG) war im Rahmen der Ratifi-

zierung des EU-Vertrages von Lissabon im Jahr 2009 verabschiedet worden. Seitdem wurden aber – insbesondere in Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion – weitere Instrumente der Zusammenarbeit geschaffen, die integriert werden müssen.

Das neue EUZBBG stellt klar, dass auch diese Instrumente zu den Angelegenheiten der Europäischen Union gehören. Damit sind nicht nur die neuen institutionellen Entwicklungen in der Euro-Zone, sondern auch sonstige völkerrechtliche Verträge und intergouvernementale Vereinbarungen erfasst, wenn sie in einem besonderen Näheverhältnis zum Recht der Europäischen Union stehen.

Die Fraktion und die Welt

Segenswünsche für den neuen Papst

Delegation der CDU/CSU-Fraktion zur Amtseinführung in Rom

Mit einem feierlichen Gottesdienst ist der neue Papst Franziskus am Dienstag in Rom in sein Amt eingeführt worden. Als Symbole der päpstlichen Macht erhielt Franziskus den Fischerring, den Hirtenstab und das sogenannte Pallium, eine Stola aus Lammwolle. In seiner Predigt vor mehr als 200.000 Gläubigen auf dem Petersplatz versprach der 76-jährige Argentinier, „die gesamte Menschheit, insbesondere die Ärmsten und die Schwächsten, mit zärtlicher Zuneigung umarmen“ zu wollen. Mehr als 130 ausländische Delegationen waren nach Rom gekommen. An der Spitze der deutschen Delegation standen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Von der CDU/CSU-Bundestagsfrak-



Bundeskanzlerin Merkel trifft den neuen Papst

tion waren der stellvertretende Vorsitzende Johannes Singhammer, die Religionsbeauftragte Maria Flachsbarth, Staatsministerin Maria Böhmer sowie die Abgeordneten Karl Schiewerling, Peter Weiß, Norbert Geis und Thomas Dörflinger angereist, um dem neuen Papst ihre Segenswünsche zu übermitteln. „Papst Franziskus hat die Herzen der Gläubigen gewissermaßen

im Sturm erobert“, erklärten Johannes Singhammer und Maria Flachsbarth. Mit seiner offenen, den Menschen zugewandten Art habe der erste Papst aus Lateinamerika schon wenige Tage nach seiner Wahl wichtige Zeichen gesetzt. Durch sein persönliches Verhalten erinnere er daran, dass Kirche in der Nachfolge Jesu direkt bei den Menschen sein müsse. Die Delegation brachte zugleich die Verbundenheit der Fraktion mit dem emeritierten deutschen Papst Benedikt XVI. zum Ausdruck.

Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich nach der Einführungsmesse bewegt. Franziskus habe sich mit seiner Predigt erneut in einer einfachen und verständlichen Sprache „direkt an die Menschen“ gewandt, erklärte sie. Sie äußerte die Hoffnung, dass der neue Papst nicht nur für die Katholiken, sondern auch für das gesamte Christentum wirken werde.

Für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung

Kongress der Unionsfraktion zur Waldstrategie 2020

Die Ansprüche an unseren deutschen Wald steigen – sowohl in materieller als auch in energetischer Hinsicht. Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Experten sagen für das Jahr 2030 einen Fehlbedarf an Holz von etwa 30 Millionen Kubikmetern in Deutschland und 350 Millionen Kubikmetern in der EU voraus. Nach dem Motto „schützen und nützen“ nimmt die CDU/CSU-Fraktion die vielfältigen Herausforderungen rund um den Wald an.

Auf einem Kongress zur „Waldstrategie 2020 – Naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung“ hat die Unionsfraktion Wege erörtert, wie die Her-

ausforderungen bewältigt werden können. Experten des Bundes Deutscher Forstleute, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, der Deutschen Säge- und Holzindustrie, des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und des Deutschen Forstwirtschaftsrates diskutierten dort mit Politikern die Ausgestaltung der Strategie.

Die Fachleute waren sich einig: Die Deckungslücke an Holz muss geschlossen werden, wenn man dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht werden will. Der effizientere Umgang mit dem Rohstoff Holz ist dabei eine zentrale Komponente. Zu den Kern-

punkten gehört ebenfalls das Flächenmanagement. Vor dem Hintergrund des hohen Holzbedarfs ist es wichtig, Forstflächen weniger in Anspruch zu nehmen.

Hier brachte der Kongress gute Ansätze, an denen nun weiter gearbeitet werden kann. So sollte die ökologische Vielfalt auf ausgewiesenen Schutzflächen vergrößert werden. Auch urbane Brachflächen, beispielsweise in Industriegebieten, sollten ökologisch genutzt werden. Ebenso sollte geprüft werden, ob Flächen, die für die Landwirtschaft nicht interessant sind, forstwirtschaftlich genutzt werden können.

Die Fraktion in Europa

Serbien und Kosovo zur Einigung aufgefordert

Schockenhoff sondiert Lage – Vor EU-Entscheidung über Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Belgrad

Serbien muss sich auf gutnachbarliche Beziehungen mit dem Kosovo einigen, bevor die EU Beitrittsverhandlungen mit der Regierung in Belgrad aufnehmen kann. Diese Forderung unterstrich der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff bei einem Besuch in Belgrad in dieser Woche. Schockenhoff sowie die für Serbien und Kosovo zuständigen Berichterstatter Peter Beyer, Roderich Kiesewetter und Johann Wadephul zogen die Bilanz: Es habe zwar Fortschritte in den Beziehungen beider Länder gegeben. Aber vor Beitrittsverhandlungen müsse Serbien noch in vielen Bereichen weitere Anstrengungen unternehmen, so bei der Reform des Justizsystems und im Kampf gegen die Korruption.

Die Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo über ihre Beziehungen gestalten sich mühsam. Es geht vor allem um die Rechte der serbischen Minderheit im Norden des Kosovo. Belgrad will eine weitgehende Autonomie seiner Landsleute dort erreichen. Pristina möchte über die Re-

gion, in der es bisher nichts zu sagen hat, Kontrolle ausüben. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen bei ihrem Gipfel Ende Juni entscheiden, ob die Voraussetzungen für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt sind. Eine Bewertung der Fortschritte legt die EU-Kommission am 16. April vor.

Sieben Erwartungen der CDU/CSU-Fraktion

Der Bewertung werden die „sieben Erwartungen an Serbien für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen“ zugrunde gelegt, die die CDU/CSU-Fraktion bereits im Frühjahr 2012 formuliert hat. Sie waren vergangenen



Andreas Schockenhoff mit der Fraktionsdelegation in Belgrad

Foto: Ana Dokukovic

September der serbischen Regierung und Öffentlichkeit vorgestellt worden. Ein wesentliches Kriterium ist, dass die Reformen Serbiens und die Vereinbarungen zwischen Serbien und Kosovo über die Normalisierung der Beziehungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch tatsächlich umgesetzt werden.

Rohstoffsicherheit – Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum

Kongress der Unionsfraktion stellt außenpolitische Aspekte in den Vordergrund



Foto: Steven Rösler

Philipp Mißfelder beim Rohstoffkongress

Rohstoff- und Energiesicherheit sind von existenzieller Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine verlässliche Versorgung, berechenbare Preise sowie partnerschaftliche Beziehungen zu Förder- und Transitländern sind entscheidende Faktoren für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung. Wie diese gewährleistet werden können, darüber diskutierten auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem Motto „Außenpolitische Aspekte der deutschen Rohstoff- und Energiesicherheit“ Politiker mit Experten.

Die Teilnehmer – darunter der norwegische Staatssekretär für Auswärtige Beziehungen, Torgeir Larsen, der Wirtschaftswissenschaftler Nouriel Roubini, der Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan, Nechirvan Barzani, der Vorsitzende des Vorstands der E.ON Ruhrgas AG, Klaus Schäfer, und der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Markus Kerber – betonten, dass eine sichere Rohstoffversorgung in einer globalisierten Welt Aufgabe der Außen- und Sicherheitspolitik sei. Das international besetzte Podium unterstrich, dass moderne Rohstoffpolitik nicht mehr national gedacht werden

könne. Nur internationale Partnerschaften könnten für alle Seiten gewinnbringend sein.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, betonte die herausragende Bedeutung internationaler Partnerschaften und unterstrich die impulsgebende Rolle der Fraktion in diesem Politikfeld. Die schon Tradition gewordenen Rohstoffkongresse müssten fortgeführt werden, sagte Kauder. Sie sollten auch künftig für die Relevanz des Themas und den Einsatz der CDU/CSU-Fraktion für die deutsche Rohstoffsicherheit stehen.

Mehrdimensionaler Ansatz gefordert

Die Industrie könne sich auf die Politik verlassen, stellte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Philipp Mißfelder, fest. Die deutsche Energie- und Rohstoffversorgung werde auch weiterhin mit einer effizienten außenpolitischen Strategie untermauert. Die Politik werde die institutionellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft ihrer Aufgabe nachkommen könne, den Zugang zu Energieressourcen sicherzustellen.

Nicht nur die Wirtschaft, auch die öffentliche und zivile Infrastruktur ist auf eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung angewiesen. Versorgungsengpässe könnten das Alltagsleben in einer technologisch und digital komplex vernetzten Gesellschaft extrem beeinträchtigen. Deutschland ist ein Land, das im großen Umfang auf den Import energetischer Rohstoffe angewiesen ist. Deshalb legt es Wert auf verlässliche Partner sowie Stabilität und Sicherheit in den Förder- und Transitregionen.

Aus Sicht der Unionsarbeitsgruppe Auswärtiges muss eine außenpolitische Strategie der Rohstoff- und Energiesicherheit daher einen mehrdimensionalen Ansatz umfassen: So muss zum einen die bilaterale Kooperation mit Förder- und Transitstaaten vertieft werden. Zum anderen müssen Versorgungsrisiken durch eine kluge Diversifizierungspolitik minimiert werden. Dabei ist wichtig, dass das Land weder wirtschaftlich noch politisch in Abhängigkeit gerät. Die außenpolitische Strategie muss auch die Herausforderungen des Energiemarktes kontinuierlich im Blick haben. Das gilt besonders in Zeiten der Energiewende.

Zusammenarbeit schon sehr weit gereift

Insgesamt zeigte der Rohstoffkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Zusammenarbeit mit Förder- und Transitländern auf politischer Ebene, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft schon sehr weit gereift sind. Die Herausforderungen sind erkannt, Politik und Industrie sind bereit, sie in einer konstruktiven Partnerschaft anzugehen. Rohstoffpolitik, das zeigten schon die zurückliegenden Kongresse, muss mehrdimensionale und ganzheitliche Ansätze verfolgen.

Weniger Minijobber

Frauen-Anteil hoch

Die Zahl der gewerblichen Minijobber in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent gesunken. Dies geht aus einem Bericht der Minijob-Zentrale von Mitte März hervor. Im vierten Quartal 2012 gab es demnach rund 6,8 Millionen gewerbliche Minijobber. Mit einem Anteil von 61,7 Prozent werden Minijobs mehrheitlich von Frauen ausgeübt. Allerdings stellte die Minijob-Zentrale fest, dass ihre Zahl rückläufig ist, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen steigt.

Die Zahl der gewerblichen Minijobberinnen ist dem Bericht zufolge seit Dezember 2004 um 146.000 auf rund 4,2 Millionen gesunken. Das entspricht einem Rückgang um 3,4 Prozent. Dagegen stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen um 1,5 Millionen auf 13,6 Millionen. Dies macht einen Zuwachs von 12,8 Prozent aus.

Weiter gewachsen ist die Zahl der angemeldeten Minijobber in Privathaushalten. Ihre Zahl stieg im Vergleich zu Dezember 2011 um 6,5 Prozent auf rund 249.000. Der Leiter der Minijob-Zentrale, Erik Thomsen, erklärte dazu: „In immer mehr Privathaushalten setzt sich die Erkenntnis durch, dass es besser ist, seine Haushaltshilfe anzumelden und die Vorteile des Haushaltsscheckverfahrens zu nutzen.“

Seit Dezember 2004 liegen der Minijob-Zentrale gesicherte Daten aus dem Bereich der geringfügigen Beschäftigung vor. Im Zeitraum von Dezember 2004 bis Dezember 2012 ist die Zahl der Minijobber im gewerblichen Bereich um 0,3 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 11,4 Prozent gestiegen ist.



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 15. April 2013 Kongress Arbeitswelt und Demografie
- 17. April 2013 Kongress Rohstoffstandort Deutschland
- 24. April 2013 Kulturpolitische Soiree
- 26. April 2013 Filmempfang

Weniger Schüler im Schuljahr 2012/13

Rund 11,3 Millionen Schüler werden im Schuljahr 2012/13 an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ist das ein Rückgang von 1,5 Prozent im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr.

8,6 Millionen Schüler besuchen im laufenden Schuljahr allgemeinbildende Schulen, im Vergleich zum Vorjahr sank hier die Zahl der Schüler um 1,4 Prozent. Die Entwicklung der

Schülerzahlen verlief in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich: Während an allgemeinbildenden Schulen in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) die Zahl der Schüler um 1,1 Prozent gestiegen ist, sank sie im früheren Bundesgebiet um 1,8 Prozent. 2,6 Millionen Schüler werden im Schuljahr 2012/13 an beruflichen Schulen unterrichtet – im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 1,9 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt